



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 14.07.2011

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:25 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

| | |
|--------------------------------|-----------|
| Herr Stadtrat Abele | |
| Herr Stadtrat Aßfalg | Ab TOP 3 |
| Herr Stadtrat Bode | |
| Herr Stadtrat Braig | Bis TOP 5 |
| Herr Stadtrat Brenner | |
| Herr Stadtrat Deeng | |
| Frau Stadträtin Drews | |
| Herr Stadtrat Dullenkopf | |
| Herr Stadtrat Funk | |
| Frau Stadträtin Goeth | |
| Herr Stadtrat Hagel | |
| Frau Stadträtin Handtmann | |
| Herr Stadtrat Heinkele | Ab TOP 3 |
| Herr Stadtrat Herzhauser | |
| Frau Stadträtin Kapfer | Ab TOP 3 |
| Herr Stadtrat Keil | |
| Frau Stadträtin Kübler | |
| Herr Stadtrat Lemli | |
| Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding | |
| Herr Stadtrat Pfender | |
| Herr Stadtrat Dr. Schmid | |
| Frau Stadträtin Sonntag | |
| Herr Stadtrat Späh | |
| Herr Stadtrat Walter | |
| Herr Stadtrat Weber | |
| Herr Stadtrat Wiest | Bis TOP 5 |
| Herr Stadtrat Zügel | |

entschuldigt:

Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Rieger

Verwaltung:

| | |
|--|-----------|
| Frau Appel, Schriftführung | |
| Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen | Bis TOP 7 |
| Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait | |
| Herr Buchmann, Kulturamt | Bis TOP 5 |
| Frau Christ, Stadtplanungsamt | |
| Herr Fessler, Rechnungsprüfungsamt | Bis TOP 7 |
| Herr Kopf, Hochbauamt | |
| Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg | |
| Herr Bürgermeister Kuhlmann | |
| Frau Länge, Ordnungsamt | Ab TOP 3 |
| Frau Leonhardt, Kämmereiamt | |
| Herr Maucher, Umweltschutz | |
| Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg | Bis TOP 8 |
| Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport | |
| Herr Rechmann, Tiefbauamt | |
| Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer | |
| Herr Simon, Hauptamt | Ab TOP 3 |
| Herr Stark, Amt für Bildung, Betreuung und Sport | |
| Frau Voss, Tourismus & Stadtmarketing | Ab TOP 8 |
| Herr Walz, Gebäudemanagement | |
| Herr Erster Bürgermeister Wersch | |

Gäste:

| | |
|----------------------------|-----------|
| Herr König, Jugend Aktiv | Bis TOP 5 |
| Herr Heinzel, Jugend Aktiv | |

Tagesordnung

| TOP-Nr. | TOP | Drucksache Nr. |
|---------|---|------------------------------|
| 1. | Behandlung der Tagesordnung | |
| 2. | Bürgerfragestunde | |
| 3. | European Energy Award - Vorstellung der Ist-Analyse | 114/2011 - 1 |
| 4. | Kindergartenbedarfsplanung und Kindergartenbericht 2010/11 und 2011/12 | 92/2011+ 92/2011-1 |
| 5. | Bau eines Jugendhauses in den Jahren 2013 / 2014 in Biberach | 119/2011 |
| 6. | Investitionsprogramm der Stadt Biberach - Klausurtagung 1. Juni 2011 | 90/2011 - 1 + 90/2011 - 2 |
| 7. | Weiterführung eines Teilbereiches des Bebauungsplanes "Talfeld" unter der Bezeichnung "Talfeld IV" Erneute öffentliche Auslegung | 106/2011 |
| 8. | Erschließungsvertrag für das Baugebiet "Rammingerstraße West" | 48/2011 - 1 |
| 9. | Bericht über den aktuellen Stand im Stadtmarketingprozess "Neue Lust auf Innenstadt" | 105/2011 |
| 10. | Verschiedenes | |
| 10.1. | Neuregelungen an Schützen und Umgang des Ordnungsamts | |

Die Mitglieder wurden am 30.06.2011 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 11.07.2011 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Behandlung der Tagesordnung

OB Fettback führt aus, StRin Goeth habe dankenswerterweise darauf aufmerksam gemacht, dass Tagesordnungspunkt 4 in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung verwiesen werden müsse, da dieser Punkt erst in der nächsten Sitzung öffentlich behandelt werde. Er sei versehentlich auf die Tagesordnung gekommen.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Herr Heinz Maier bringt vor, Biberach sei glücklicherweise wohlhabend. Allerdings sei der Flächenbedarf für Wohnungsbau und Industrieansiedlung enorm und man zahle daher einen hohen Preis für den Wohlstand. Er meint, Biberach habe fast den höchsten Flächenverbrauch in Baden-Württemberg. Eine Ausnahme stelle seines Erachtens die Bebauung im Wolfental dar. Er bittet, weitere Entwicklungen zurückzufahren oder zu stoppen.

OB Fettback erwidert, der Flächenausgleich sei Biberach ein großes Anliegen und man gehe nachhaltig mit Flächen um. Der Flächensparappell sei schon von der vorigen Regierung ausgesprochen worden. Es sei allerdings auch wichtig, der Wirtschaft, die in Biberach investieren wolle, Baumöglichkeiten zu bieten. Dies sei auch im Sinne der Nachhaltigkeit. Im Bereich der Wirtschaftsförderung hätten Erweiterungsmöglichkeiten für Unternehmen vor Ort erste Priorität und es sei auch besser, Wachstum am Standort zu ermöglichen, statt Ansiedlungen auf der Grünen Wiese.

BM Kuhlmann findet das Anliegen von Herrn Maier grundsätzlich nachvollziehbar, gibt aber zu verstehen, das Stadtentwicklungskonzept der Stadt Biberach beweise den sorgfältigen Umgang mit Flächen. Biberach habe kaum Brachflächen, weshalb nur außerhalb ein Wachstum möglich sei. Der sorgfältige Umgang mit den Flächen sei auch ihm ein Herzensanliegen.

Herr Maier spricht noch das Bürgerheim an, beim dem im atemberaubenden Tempo Veränderungen vorgenommen würden. Er fragt, ob dies nicht zu Lasten der Substanz der Mitarbeiter gehe.

EBM Wersch verneint dies. Die Veränderungen seien sorgfältig überlegt und erfolgten nach einer klaren Strategie. Ihm seien keine besonderen Risiken erkennbar.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 114/2011-1 zur Information vor.

OB Fettback meint, bei diesem Prozess sei auch ein Stück weit der Weg das Ziel. Dass man sich überhaupt mit einer Bestandsanalyse auseinander setze und überlege, ob nachhaltig agiert werde, sei ein Gewinn. Mittlerweile sei er überzeugt, dass der eingeschlagene Weg gut und richtig sei. Biberach sei in Teilen bereits gut, man könne aber noch besser werden. Daher sei es richtig, ein Konzept für Biberach zur erarbeiten, wobei Augenmerk auf realistische Ziele gelegt werden müsse. Man wolle lieber kleine und dafür realistische Schritte gehen, wolle visionär aber nicht illusionär agieren.

Anschließend stellt Frau Ege von der Energieagentur die Stärken Biberachs und sechs Handlungsfelder vor und zeigt auf, dass sich hinter diesen 96 Indikatoren befinden, die man gemeinsam erarbeitet habe. Man habe den Ist-Zustand analysiert und bereits erste Schritte Richtung Klimastadt unternommen. Sie nennt hierfür Beispiele.

Es wird applaudiert.

Herr Göppel führt aus, eigentlich müsste es nicht Europäischer Energy-Award sondern Oberschwäbischer Energy-Award heißen, da mittlerweile vier Regionen und drei Landkreise betreut würden. Man gebe Zukunftsempfehlungen bei der Entwicklungsplanung und der Raumordnung. Der Umsetzungsgrad der Maßnahmen betrage momentan 50 Prozent, was eine gute Grundlage sei. Motivation für die Teilnahme seien nicht in erster Linie die mögliche Auszeichnung, sondern die Maßnahmen, die man umsetze.

Die Energiewende werde nicht ohne Windkraft funktionieren. Elektromobilität könne auch mit Tourismusangeboten verknüpft werden. Zur Sensibilisierung fürs Thema seien auch Mitarbeiter-schulungen beispielsweise in der Personalversammlung vorstellbar. Energieeffizienz bedeute auch Wirtschaftsförderung.

Die gedachten Energieteams könne man teilweise mit Fraktionsvertretern erweitern, es gebe aber auch Lösungen, bei denen man sich einmal jährlich in einem Ausschuss oder im Gemeinderat zum Thema treffe und ins Energieteam keine Fraktionsvertreter aufnehme. Als Beispiel nennt er Friedrichshafen.

Er versichert, dass Biberach auf einem guten Weg sei und dankt dem Energieteam und dem Gemeinderat. Mit dem European-Energy-Award betreibe man praktischen Energie- und Klimaschutz. (Applaus)

Sowohl Frau Ege als auch Herr Göppel haben ihren Vortrag mit einem Power-Point-Vortrag unterstützt, der dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

OB Fettback verdeutlicht, ihm sei ein für Biberach maßgeschneidertes Projekt wichtig. Es funktioniere beispielsweise nicht, flächendeckend E-Bikes einzuführen, da beispielsweise nicht alle Städte touristisch ausgerichtet seien. Man könne E-Bikes aber auch in der Arbeitswelt einsetzen. So würden in Biberach beispielsweise sechs E-Bikes für die Boten beschafft.

Er betont, dass man Kooperationspartner benötige, insbesondere die Wirtschaft. Herr Urbano von der e.wa riss nehme an jeder Sitzung teil.

StR Abele dankt für den Streifzug per ICE-Geschwindigkeit durchs Thema. Er bezeichnet es als wichtig, dass man Handlungsfelder als Rahmen skizziere. Das Projekt biete viele Chancen aber auch Risiken, Arbeit und Kosten. Daher müsse man ein realistisches Konzept erarbeiten mit leistbaren Zielen. Viele Dinge seien bereits in der Skizzierung aufwendig. Daher sei eine Priorisierung der Maßnahmen unabdingbar und sollte der nächste Schritt sein. Als wichtig bezeichnet er es auch, die Bürger mit auf den Weg zu nehmen und dabei nicht zu stark reglementierend einzugreifen. Bei den Maßnahmen müsse man auch den Faktor Wirtschaftlichkeit und Amortisation berücksichtigen. Er fragt, wie sich das weitere Verfahren gestalte.

StR Keil sieht einen neuen Schritt in der Kommunalen Energiepolitik, da Maßnahmen auf den Weg gebracht würden, die letztlich den Menschen zu Gute kämen. Man müsse ein Leitbild als Maßstab für das gesamte kommunalpolitische Handeln definieren. Beispielsweise dürfe es keine Vorlage des Stadtmarketings geben, in der der ÖPNV kein Thema sei. Die Bauleitplanung müsse so gestaltet werden, dass energetisch sinnvolle Lösungen kein Zwang, sondern ein Angebot seien. Letztlich müsse man verständliche Politik betreiben und das Ziel müsse es sein, dass der Bürger mitmache.

StR Zügel meint, man müsse mit seinen Pfunden wuchern, denn die Bedeutung des Umweltschutzes und der Energieeinsparung seien fraktionsübergreifend erkannt. Mit der Beteiligung an der e.wa riss habe man erste Schritte durch deren Beteiligung an einem Windpark unternommen. Das Projekt werde mit Gruppen von Fachleuten vorangetrieben, dabei seien kleine, effiziente Schritte auf hohem Niveau wichtig. Auf diese Weise sollte von den Fachleuten weiter gearbeitet und der Gemeinderat nur wie in Friedrichshafen ins Projekt eingebunden werden.

StR Weber ist stolz auf den Biberacher Gemeinderat, der den Beitritt zum European-Energy-Award beschlossen hat. Man sei damit auf dem richtigen Weg. Der Vorbildkater einer Kommune sei wichtig und dass täglich am Thema gearbeitet werde.

StR Funk bezeichnet Umwelt- und Energiepolitik als wichtig, wozu die Erzeugung und Speicherung von Energie und Leitungsnetze gehörten. Grundprinzip der FDP-Fraktion sei, Geld dort zu investieren, wo am meisten CO₂-Einsparung erreicht werden könne. Beispielsweise sollten Windkraftanlagen dort installiert werden, wo Windenergie am besten erzeugt werden könne. Er spricht sich ebenfalls dafür aus, sich einmal im Jahr mit dem Gemeinderat zum Thema zu treffen, wobei dabei nicht nur informiert, sondern auch diskutiert werden sollte.

Herr Göppel führt aus, der Vertrag laufe drei Jahre bis zur ersten Zertifizierung und beinhalte Beratungs- und Zertifizierungskosten ebenso wie die Maßnahmenplanung, sprich einen Wegweiser für die Zukunft. Der Prozess laufe bislang aber bei allen Kommunen weiter und es werde eine Rezertifizierung als Controlling durchgeführt. Er bestätigt, dass aus der Maßnahmenplanung Prioritäten festgelegt werden müssten, sprich eine Liste, was in den nächsten 10 Jahren angegangen werde, was in 20 Jahren und so weiter. Ein maßgeschneidertes Energiekonzept für die gesamte Stadt und die Teilorte sei mit dem geschlossenen Vertrag nicht abgedeckt.

Auf Frage lässt er zur Geschichte wissen, Vorarlberg und die Schweiz seien die Väter des European-Energy-Awards. Dann sei er nach Deutschland gekommen und dabei zunächst nur in Städte.

Vor eineinhalb Jahren sei das Projekt für Landkreise als Pilotprojekt geöffnet worden und seit einem halben Jahr sei es für alle Landkreise geöffnet.

OB Fettback bemerkt abschließend, wer die Energiewende und den Atomausstieg wolle, müsse auch in Speicherkapazität und Netze investieren.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1 und 2** beigefügten Drucksachen Nrn. 92/2011 und 92/2011-1 zur Beratung vor.

OB Fettback verdeutlicht, man habe die Frage des Fachpersonalschlüssels ausgeklammert, da hierzu noch Gespräche mit den Kirchen erforderlich seien.

Zur Beratung in den Ortschaftsräten bemerkt EBM Wersch, die Stellungnahme Rißeggs habe man zur Kenntnis genommen. Mit Stafflangen befinde man sich noch im Gespräch. Es sei deutlich geworden, dass die Dynamik der Kostenentwicklung zu einer Änderungen führen müsse. Man müsse den Prozess der Weiterentwicklung der Qualität fortführen, aber in den nächsten 12 Monaten über die Finanzierbarkeit diskutieren, da die Schere zu weit auseinander klaffe.

StR Walter führt aus, die Vorlage zeige, dass man für Kinder sehr viel unternehme und das Beste gerade genug sei. Die Dynamik im Thema sei erkennbar und gut. Bei der Entwicklung im Krippenbereich profitiere die Stadt davon, dass der Hospital sich dieses Thema annehme. Man sei auf einem guten Weg. Ziffer 4 des Beschlussantrags, der Betrieb der Kleingruppe des Kindergartens St. Remigius in Stafflangen, bittet er von der Beschlussfassung auszunehmen, da nach Auskunft von Trägern und Eltern keine Kleingruppe erforderlich sei und über die Öffnungszeiten diskutiert werden müsse. Der Träger wolle offensichtlich auf die Verwaltung zukommen. Er erhebt dies zum **Antrag**.

Bei der Personalauswahl bittet er großes Augenmerk auf gute Qualifikation zu legen. Er fragt, wer das Personal auswähle und welche Kriterien maßgebend seien.

Insgesamt wünsche er sich, dass wieder mehr Miteinander und Kommunikation zwischen der Stadtverwaltung und den Kirchen stattfinde. Aktuell sei der Aufwand in der Vorbereitung enorm hoch gewesen und man habe immer wieder Äußerungen von Eltern erhalten, dass diese uninformiert seien. Er bietet sich an, künftig in diesem Feld als Vermittler tätig zu sein und bezeichnet es als wichtig, offen zu kommunizieren, auch Richtung Eltern.

StRin Kübler meint, es sei im Kinderbetreuungsbereich viel in Bewegung. Der Bericht sei auch für Eltern geeignet, da er einen guten Überblick über die Situation verschaffe. Eine Ausnahme stellten die Ziffern 1.3 bis 1.5 dar, die für Laien schwer verständlich seien.

Die frühkindliche Bildung bezeichnet sie als sehr wichtig für die SPD-Fraktion. Dabei sei ein Prozess von unten erforderlich. Weiteres Ziel neben Flexibilität und einer bedarfsgerechten Ausstattung sei die Umsetzung des Orientierungsplans, der eine früh einsetzende Sprachförderung und vermehrte Kooperationen mit Grundschulen fordere. Daher müsse man diese Einrichtungen nahe zusammen bringen, um der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerecht zu werden. Die Einbeziehung Externer bei der Frage der Inklusion sei ein positiver Ansatz und müsse zeitnah angegangen werden.

Der Aussage auf Seite 18 im letzten Absatz könne sie nicht folgen. Dort werde erklärt, dass die Bedarfsdeckung für unter Dreijährige nicht stadtteilbezogen erfolgen solle. Man stelle eine steigende Nachfrage für die Betreuung unter Dreijähriger statt, wobei auch die Stadtteilbezogenheit eine große Rolle spiele. Kurze Wege seien nicht nur für den Einzelhandel wichtig. Die Einrichtung

eines weiteren Horts in Birkendorf bezeichnet sie als sinnvoll. Sie regt an, die Anmeldeformulare für den Hort ins Internet zu stellen und nur eine Anlaufstelle zu benennen. Ferner solle man prüfen, ob der Hort auch tageweise gebucht werden könne. Mit der Änderung der Benutzungsordnung für die Verlässliche Grundschule erkläre man sich einverstanden. Sie fragt, wie Empfänger von Arbeitslosengeld II berücksichtigt würden und ob diese eventuell in der geplanten Familienkarte aufgehen würden. Einen Zwischenbericht zu diesem Thema fände sie gut.

Positiv seien die gedachten einkommensabhängigen Gebühren, wobei es wichtig sein werde, soziale Komponenten stark zu berücksichtigen.

Abschließend stellt sie fest, der Antrag von StR Walter zu Ziffer des Beschlussantrags verwundere sie.

StRin Goeth führt aus, Kindergärten seien keine Bewahranstalten mehr, sondern kindgemäße Bildungseinrichtungen. Die Stadt Biberach gebe hierfür über 4,5 Mio. Euro jährlich aus und die Kostensteigerung stimme bedenklich. Auch die Biberacher Finanzkraft habe ihre Grenzen. Es seien bedarfsgerechte, qualitativ überzeugende Angebote erforderlich. Der Standard, der deutlich über den Forderungen der KitaVO liege, solle also nicht gesenkt werden.

Auch sie bittet künftig nicht mehr über Details des Themas im Gemeinderat zu diskutieren.

StR Späh bricht eine Lanze für die Lenkungsgruppenarbeit und die überwiegend gute Zusammenarbeit mit den Kirchen. Man benötige sehr gute Angebote im Kinderbetreuungsbereich und müsse die demographische Entwicklung beachten. Er hätte sich gewünscht, dass der Orientierungsplan umgesetzt würde. Biberach sei auf einem guten Weg. Ein Leitbild und Qualitätsmanagement stünden noch aus, die wichtig für die Außendarstellung wären.

Er spricht den Kindergarten St. Martin an und bezeichnet es als negativ, dass er erst so spät fertig gestellt werde. Er bringt seine Überzeugung zum Ausdruck, dass im Kindergartenbereich weitere Veränderungen Richtung Ganztagesangebote und Kindertagesstätten erforderlich würden.

Er fragt, bis wann man Aussagen zur Sprachförderung erfahre. Abschließend bringt er vor, die Härtefallregelung sei scheinbar in einigen Kindergärten nicht bekannt bzw. werde nicht richtig kommuniziert. Dies müsse verbessert werden.

StR Braig hebt darauf ab, das Thema werde seit 26.05.11 beraten und nahezu alle Punkte seien unstrittig gewesen, weshalb ihn die Beschlussfassung des Ortschaftsrats Stafflangen verwundere. Die FDP-Fraktion stimme der Vorlage zu.

OV Aßfalg zeigt sich irritiert durch den Vertagungsantrag von StR Walter. Der Ortschaftsrat habe den Betrieb einer Kleingruppe als Option gesehen und es sei klar, dass diese momentan nicht benötigt werde. Bei Bedarf wolle man sie aber öffnen. Seines Erachtens könne man Ziffer 4 des Beschlussantrags zustimmen.

Zum Orientierungsplan lässt OB Fettback wissen, es gebe einen Ministerbrief an den Städtetag, wonach der Orientierungsplan rechtsverbindlich sein solle, wobei kein genauer Termin genannt werde. Klar müsse sein, dass in diesem Fall das Konnexitätsprinzip angewandt werden müsse, da sonst der Städtetag Klage einreichen werde.

EBM Wersch lässt wissen, die Härtefallregelung müsse jeder Kindergartenleitung bekannt sein. Die geringe Inanspruchnahme liege vielleicht auch am geringen Bedarf.

Warum die Baumaßnahme Kindergarten St. Martin so lange dauere, wisse er auch nicht, dies sei jedoch Thema der Kirchen. Er dankt für das Lob der Arbeit der Lenkungsgruppe. Aufgrund des hohen Aufwands der Vor- und Nachbereitung des Themas sei mit den derzeitigen Personalressourcen keine häufigere Beratung möglich. Daher sei es natürlich besonders prekär, wenn eine geplante Sitzung ausfalle und kein Ersatztermin gefunden werde. Er finde daher auch das Nachkarten der Kirchen nicht gut. Das Angebot von StR Walter, als Vermittler tätig zu sein, nehme man gerne an.

Zu Ziffer 4 des Beschlussantrages vertritt er die gleiche Meinung wie OV Aßfalg. Die Kleingruppe werde nur umgesetzt, wenn entsprechender Bedarf bestehe. Die von StRin Kübler aufgeworfenen Fragen werde man mit der AG Kindergarten erörtern bzw. klären. Stadtteilbezogene Angebote müssten sich am Nachfrageprozess orientieren.

StR Walter **zieht** seinen **Antrag zurück** und lässt wissen, er sei nach einem Anruf von Pfarrer Reutlinger davon ausgegangen, dass die Anfrage an alle gegangen sei. Er sei mit dem Verwaltungsvorschlag einverstanden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat stimmt den Aussagen dieses Kindergartenberichts – wie in Anlage A der Drucksache Nr. 92/2011 dargestellt – zu.**
- 2. Für die GT-Gruppen wird der Fachkraftschlüssel in Abstimmung mit den kirchlichen Trägern weiterentwickelt.**
- 3. Die Überlassung des EG der ehemaligen Gaststätte "Mond" als provisorischer Kindergarten wird über den 31.12.2011 hinaus bis zur Fertigstellung des Kinderhauses St. Martin verlängert.**
- 4. Der Betrieb der Kleingruppe im Kindergarten St. Remigius in Stafflangen wird grundsätzlich um 2 weitere Jahre, bis zum Ende des Kindergartenjahres 2012/13 verlängert. Die Verwaltung entscheidet im Einvernehmen mit dem Träger über die Fortführung der Kleingruppe im jeweiligen Kindergartenjahr.**
- 5. Der Schließung der Kindergartengruppe in der Rissegger Steige zum Ende des lfd. Kindergartenjahres 2010/11 wird zugestimmt.**
- 6. Der Einrichtung einer GT-Gruppe im städt. Kindergarten Mettenberg wird ab dem Kindergartenjahr 2011/12 zugestimmt. Gleichzeitig wird die dafür zusätzlich erforderliche Stelle mit einem Umfang von 22 % genehmigt.**
- 7. Den für die Einrichtung der GT-Gruppe im städt. Kindergarten Mettenberg entstehenden üpl. Ausgaben in Höhe von 23.000 € wird, wie nachfolgend dargestellt, zugestimmt.**

| HSt. | üpl. | Deckung durch |
|---------------------|-----------------|---------------------------------------|
| 1.4647.500000.0 | 8.800 € | Im Rahmen der Bauunterhaltung gedeckt |
| 1.4647.522000.0 | 4.950 € | Sperre bei 1.4649.700000.3 |
| 2.4647.935300.9-900 | 9.250 € | Sperre bei 1.4649.700000.3 |
| Gesamt: | 23.000 € | |

8. Der Einrichtung einer weiteren Hortgruppe an der Birkendorf-GS zum Beginn des Schuljahres 2011/12 wird zugestimmt. Die hierfür notwendigen Fachkraftstellen sind im Stellenplan 2011 enthalten.
9. Der Erhöhung der Stelle der hauswirtschaftlichen Mitarbeiterin für den Hort in der Birkendorf-GS wird mit Beginn des Schuljahres 2011/12 von 16,03 % um 6,40 % auf 22,43 % zugestimmt.
10. Den für die Einrichtung der zusätzlichen Hortgruppe in der Birkendorf-GS entstehenden üpl. Ausgaben in Höhe von 40.000 € wird, wie nachfolgend dargestellt, zugestimmt.

| HSt. | Üpl. | Deckung durch |
|---------------------|-----------------|--|
| 1.4640.500000.2 | 8.000 € | Im Rahmen der Bauunterhaltung gedeckt. |
| 1.4640.522000.2 | 18.000 € | Sperre bei 1.4649.700000.3 |
| 2.4640.935300.1-900 | 14.000 € | Sperre bei 1.4649.700000.3 |
| Gesamt: | 40.000 € | |

11. Der Einrichtung einer weiteren Betreuungsgruppe im Rahmen der Verlässlichen Grundschule in der Birkendorf-GS wird zugestimmt. Gleichzeitig wird die hierfür erforderliche Stelle mit einem Beschäftigungsumfang von 29 % ab dem Schuljahr 2011/12 bewilligt.
12. Der Einrichtung einer weiteren Betreuungsgruppe im Rahmen der Verlässlichen Grundschule in der Grundschule Ringschnait wird zugestimmt. Gleichzeitig wird die hierfür erforderliche Stelle mit einem Beschäftigungsumfang von 29 % ab dem Schuljahr 2011/12 bewilligt.
13. Für die Anpassung und Erweiterung des Betreuungsangebots an den weiteren Grundschulen im Rahmen der Verlässlichen Grundschule wird ab dem Schuljahr 2011/12 eine weitere Stelle mit einem Beschäftigungsumfang von 61,50 % bewilligt.
14. Der geänderten Benutzungsordnung für die Verlässliche Grundschule - Anlage 3 der Drucksache Nr. 92/2011- wird zugestimmt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 119/2011 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback verweist auf die öffentliche Vorberatung im Hauptausschuss am 24.02.11. Nun liege noch die Beschlussempfehlung aus der Klausurtagung vor. Der Brief von Lilienthal habe ihn gewundert, da man sich zum Standort klar geeinigt habe, dass dieser in der Schul- und Sportmeile sein solle. Bei den Alternativen seien auch Drittnutzer betroffen, die man vorab informieren müsse. Es müsse noch 2011 die Standortentscheidung getroffen werden, um den weiteren Zeitplan einhalten zu können. Das Bemühen, ein tolles Jugendhaus in Biberach an der richtigen Stelle zu bauen, sei noch nicht zu Ende. Man bemühe sich, Sponsoren zu finden und sei guter Hoffnung, dass die Bruno-Frey-Stiftung die halbe Stelle für das Jugendcafé für drei oder fünf Jahre finanziere. Insgesamt benötige man 2,5 Stellen für den Betrieb der Einrichtung.

StR Dullenkopf meint, ein großes Problem sei noch der Standort. Er habe schon vor Monaten signalisiert, dass die CDU-Fraktion Probleme mit dem Standort habe und dass Bedenken von Lilienthal geäußert worden seien. Dem habe die Verwaltung widersprochen und nun sei am Vortag ein Brief von Lilienthal eingegangen, der mit den CDU-Bedenken deckungsgleich sei. Daher sei er beauftragt worden, einen Alternativstandort zu beantragen.

OB Fettback stellt klar, in der Lenkungsgruppe habe man das Thema diskutiert. Man habe weder der Lenkungsgruppe noch dem Gemeinderat etwas vorenthalten.

StR Dullenkopf meint, eventuell handle es sich hier um das Grundsatzproblem größerer Gruppen mit verschiedenen Vertretern, deren Schweigen eventuell als Zustimmung gewertet worden sei, wobei es gut möglich sein könne, dass der Rest der Gruppe eine andere Meinung vertreten habe.

StR Lemli bringt vor, mit dem Jugendhaus werde ein langgehegter SPD-Wunsch auf den Weg gebracht. Was Lilienthal betrifft meint er, es sei gut, wenn sich die Jugendlichen einbrächten.

StR Zügel bezeichnet es als bedauerlich, dass ein Neubau mangels Alternativmöglichkeiten realisiert werden müsse. Über das Schreiben von Lilienthal sei er verblüfft gewesen, da damit unter Umständen das Projekt auf der Kippe stehe. Die Standortfrage sei mittlerweile zum Kernproblem für das Jugendhaus geworden.

OB Fettback erwidert, man habe sich in der Lenkungsgruppe auf die Sprachregelung geeinigt, dass Lilienthal Bedenken gegen die Breslauerstraße habe, dass diese Bedenken aber keine K.O.-Kriterien für diesen Standort seien.

StR Dr. Schmid bezeichnet es als erfreulich, dass parteiübergreifend Zustimmung zum Neubau eines Jugendhauses nach langer Diskussion erfolge. Er bezeichnet einen stadt- und schulnahen Standort als wichtig und signalisiert die Zustimmung der Grünen.

StR Funk signalisiert die grundsätzliche Unterstützung zu einem Jugendhaus. Allerdings habe man keine Vollkostenrechnung erhalten und auch keine endgültige Standortentscheidung. Auch sei das Konzept von Jugend Aktiv nicht wie gefordert nachbearbeitet worden. Nach Meinung der FDP-Fraktion sei eine innenstadtnahe Lage wichtig und es sollten Bestandsgebäude eingesetzt werden. Als Beispiel nennt er die Braith-Grundschule, für die er kein K.O.-Kriterium darin sehe,

dass sie vielleicht erst in zwei Jahren zur Verfügung stehe. Dies könne unter Umständen dennoch schneller sein als die Realisierung eines Neubaus.

Zum Brief von Liliental meint er, wenn kurz vor der Gemeinderatsentscheidung ein derartiger abweisender Brief einer Gruppe eingehe, laufe in der Lenkungsgruppe etwas schief.

OB Fettback gibt zu verstehen, auch er sei mehr als irritiert über die E-Mail von Liliental gewesen. Die ausführliche nichtöffentliche Vorlage zum Jugendhaus sei an den Gemeinderat gegangen und man habe sich im Ältestenrat darauf geeinigt, dass keine weitere öffentliche Vorlage erstellt werde. Die Folgekosten habe man auch zur Klausurtagung dargelegt.

StR Funk hält entgegen, darin seien seines Wissens keine Platzkosten enthalten, in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung müsse aber eine Vollkostenrechnung erfolgen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 3 Nein-Stimmen (StRe Bode, Braig, Funk) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. In den Jahren 2013 / 2014 wird in Biberach der Neubau eines Jugendhauses realisiert.**
- 2. Dem dafür von Jugend Aktiv e.V. vorgestellten Betriebskonzept wird zugestimmt.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Planungs- und Konkretisierungsschritte für das Jugendhauses entlang der Schul- und Sportmeile zusammen mit der Lenkungsgruppe "Jugendräume " anzugehen.**

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlage 1 und 2** beigefügten Drucksache Nrn. 90/2011-1 und 90/2011-2 zur Beratung vor.

OB Fettback bezeichnet es als bemerkenswert, dass zu laufenden Investitionen von 40 Mio. Euro noch weitere Investitionen in dieser Höhe beabsichtigt seien, wobei 30 bis 35 Mio. Substanzerhalt geplant und damit nachhaltig seien.

StR Dullenkopf meint, die Prognose, dass die Rücklage im Finanzplanungszeitraum auf Null gefahren werde, sei sicher nicht richtig, da schon das laufende Jahr bessere Ergebnisse erwarten lasse als prognostiziert. Es mache Sinn, energetisch wichtige Maßnahmen, die sich sofort CO₂-mindernd auswirkten, schneller zu realisieren. Zudem sei der Beschluss ein Signal, dass für bestimmte Aufgaben durch zeitlich begrenzte Arbeitsverträge Unterstützung geholt werden könne, um die Aufgaben auch abarbeiten zu können. Man stimme der geänderten Projektliste zu.

Probleme habe man mit Ziffer 2 des Beschlussantrages. Wenn dann müsse formuliert werden, dass sämtliche Verbesserungen gegenüber dem, was in der Finanzplanung vorgesehen sei, entsprechend verwendet würden. Dann wäre verständlich, was gemeint sei.

StRin Kübler bezeichnet den Verlauf der Klausurtagung als sehr ausgewogen. Die Forderung der CDU-Fraktion für diese Klausurtagung sei richtig und die Vorbereitung der Verwaltung sehr gut und zielführend gewesen, wofür sie ein Lob ausspricht. Man habe sieben Projekte, die aus energetischer Sicht sehr sanierungsbedürftig seien. Als bedauerlich bezeichnet sie es, dass für den sozialen Wohnungsbau keine Summe eingesetzt worden sei. Dies werde aber vielleicht im Rahmen der Haushaltsplanberatungen erfolgen.

Die Ziffer 2 des Beschlussantrags habe schon während der Klausurtagung keine Zustimmung der SPD-Fraktion gefunden und man habe diese Meinung nach weiterer Abwägung nicht geändert. So wie der Antrag formuliert sei, sei er unlogisch. Auch fehle eine zeitliche Begrenzung und man enge damit die politische Handlungsfreiheit ein. Sinnvolle Investitionen müssten möglich sein und ihres Erachtens müsste bei entsprechender Beschlussfassung sogar ein Widerspruch des Oberbürgermeisters gemäß § 77 GemO erfolgen, da der Beschluss nachteilig für die Stadt sein könne.

OB Fettback stellt klar, dass von ihm kein Widerspruch erfolgte. Der Beschlussantrag beinhalte nur eine Absichtserklärung. Es gehe um die mittelfristige Finanzplanung und im Grunde sei das gesamte Investitionsprogramm nicht mehr als eine Absichtserklärung, habe aber zur Vorbereitung der Maßnahmen durchaus gewisse Verbindlichkeit.

StR Zügel ist anderer Meinung als StRin Kübler. Das eigentliche Problem liege darin, dass die Einnahmen nicht ausreichten, um die laufenden Haushaltsausgaben zu finanzieren. In der Finanzierungsperspektive seien einige Zahlen beschönigt dargestellt. Als Beispiel nennt er die Personalkosten, in denen die Kosten für neue Kindergärtnerinnen nicht enthalten seien. Anstatt das Investitionsprogramm zu straffen würden Lieblingsprojekte zur Wählerbefriedigung aufgenommen. Die Freien Wähler hielten dieses Vorgehen für falsch, da man von wenigen Gewerbesteuerzahlern abhängig sei. In früheren Jahren habe man Rücklagen mindestens in der Höhe der Gewerbesteuer-

ereinnahmen eines Jahres als erforderlich bezeichnet. Ein Vorziehen von Maßnahmen führe zu Kostensteigerungen und antizyklisches Verhalten wäre günstiger. Nicht alle Maßnahmen seien energetisch sinnvoll. Als Beispiel nennt er den zweiten Kunstrasenplatz. Außer dem Feuerwehrgerätehaus könnten alle Maßnahmen geschoben werden.

Er bekräftigt dass Ziffer 2 des Beschlussantrags nur eine Absichtserklärung sei. Er warnt davor, zukünftig Projekte ohne Rücklagen zu bauen.

Er **beantragt** getrennte Abstimmung der einzelnen Ziffern des Beschlussantrags und kündigt an, die Freien Wähler lehnten Ziffer 1 ab.

StR Späh führt aus, einige Projekte der Liste müssten dringend saniert werden und seien wichtig für die Stadt, weshalb der CDU-Antrag richtig und wichtig gewesen sei, eine Klausurtagung abzuhalten. Dabei habe es sich um eine gute Veranstaltung gehandelt, auch wenn unterschiedliche politische Bewertungen erfolgt seien. Weitgehend habe seines Erachtens aber Konsens bestanden.

StR Funk **beantragt**, das Jugendhaus von der Investitionsliste zu streichen, da man es bereits beschlossen habe. Ansonsten beantrage er getrennte Abstimmung über jedes einzelne Projekt. Man habe beschlossen, den Sanierungsstau langsam abzubauen, habe aber keine Mittel für die Pflugschule vorgesehen, die jedoch sicher bald Geld kosten werde. Der zweite Kunstrasenplatz sei die einzige Maßnahme, die in den letzten Jahren von der FDP zusätzlich auf den Weg gebracht worden sei. Dies könne man verantworten.

Ungelöst sei auch die Zukunft des Roten Baus, für den seines Erachtens nur drei Möglichkeiten bestünden: Dynamit, Verkauf oder Geld in die Hand nehmen. Nicht enthalten sei in der Investitionsliste auch das Straßenkataster.

Den Antrag der Freien Wähler verstehe er nicht. Die Freien Wähler hätten bislang jeder Personalstelle und jedem großen Bauprojekt zugestimmt und seien trotz der zuvor gehaltenen Rede von StR Zügel Geldausgeber.

StR Dullenkopf meint ebenfalls, das Jugendhaus könne von der Investitionsliste gestrichen werden, da hierüber bereits entschieden sei. Es sei nur in der Vorlage enthalten, da diese Beschlusslage zum Zeitpunkt der Klausurtagung noch nicht der Fall gewesen sei.

Der **Antrag** das Jugendhaus von der Investitionsliste zu streichen wird bei 8 Enthaltungen und restlichen Ja-Stimmen **angenommen**.

Ziffer 1 des Beschlussantrags wird anschließend bei 3 Nein-Stimmen (StRe Goeth, Heinkele, Zügel) und restlichen Ja-Stimmen angenommen.

Ziffer 2 wird bei 7 Nein-Stimmen (StRe Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Nuding, Sonntag, Weber) und restlichen Ja-Stimmen angenommen.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Der geänderten Projektliste "Klausurtagung GR 01.06.2011, Stand: Stand 06.06.11" (Anlage 1 zu Drucksache Nr. 90/2011-1) wird zugestimmt. Von dieser Liste wird Ziffer 10 – Jugendförderung, Jugendhaus – gestrichen.**
- 2. Sämtliche Verbesserungen der Finanzplanung sollen zur Stärkung der Ertragskraft des Verwaltungshaushalts und nicht für neue Projekte verwendet werden.**

**TOP 7 Weiterführung eines Teilbereiches des Bebauungsplanes "Talfeld" unter der Bezeichnung "Talfeld IV"
Erneute öffentliche Auslegung**

106/2011

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 106/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 11.07.11.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat bei 2 Enthaltungen (StRe Sonntag, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans wird geändert. Das Verfahren wird unter der Bezeichnung "Talfeld IV" weitergeführt. Der räumliche Geltungsbereich erstreckt sich auf das im nachstehenden Lageplan des Stadtplanungsamtes Nr. 901/34 Index Nr. 1 vom 17.06.2011 umrandete Gebiet.**
- 2. Der aus Bebauungsplan und örtlichen Bauvorschriften bestehende Regelentwurf "Talfeld IV" wird zur öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB gebilligt. Maßgebend ist der Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 901/34 Index Nr. 1 vom 17.06.2011.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 48/2011-1 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 30.06.11.

BM Kuhlmann erläutert den Sachverhalt. Er stellt klar, der Vertrag bilde keine Abhängigkeit zur Erschließung und deren Art. Diese regle der Bebauungsplan.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Abschluss des Erschließungsvertrages zwischen der Stadt Biberach und den Eigentümern der Flst.-Nr. 578, 578/1 bis 578/5 der Gemarkung Biberach für das Gebiet "RammingerstraÙe West" wird zugestimmt.

Anschließend wird die Sitzung von 19:45 Uhr bis 20:05 zur Vesperpause unterbrochen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 105/2011 zur Information vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 30.06.11.

StR Abele bezeichnet es als Problem der Vorlage, dass der Prozess bewusst nicht zu Ende geführt worden sei. Vieles hätte aber schon weiter sein können. Als Beispiel nennt er die Maßnahmenliste, für die ein konkreter Zeitpunkt festgelegt worden sei. Die Konzepte seien aber nicht bekannt, obwohl der Termin erreicht sei. Er bittet die Themen, die hätten abgearbeitet werden müssen, nach der Sommerpause in einer separaten Vorlage mit Verfahrensstand darzulegen.

Der Arbeitskreis 3 korrespondiere stark mit der Ausarbeitung einer Marke. Es sei wichtig, dass Biberach seinen Markenkern entwickle und nach außen darstelle. In der Bewerbung werde deutlich, dass die Stadt insgesamt nicht dargestellt werde.

StR Lemli führt aus, Richtiges sei auf den Weg gebracht worden und dies sei OB Fettback zu verdanken, der auf den Vortrag von Herrn Klotz reagiert und das Thema zusammen mit der Werbegemeinschaft aufgegriffen und eine gute Matrix als Arbeitsgrundlage entwickelt habe. In der Matrix fehle jedoch etwas die gesamte Stadt. Es seien verschiedene Themenbereiche unterschiedlich entwickelt und er meint, es wäre gut, wenn mehr Fahrt in die Arbeitskreise käme. Er bezeichnet es ebenfalls als sehr wichtig, den Arbeitskreis "Marke Biberach" anzugehen. Auch er meint, es sollten schon mehr Ergebnisse vorliegen. Dennoch sei man froh über die Zwischeninformation und stehe hinter den Arbeitskreisen. Er bittet, den Gemeinderat auf dem weiteren Weg mitzunehmen und in einem Jahr wieder zu informieren.

StR Zügel meint, Stadtmarketingprozesse gehörten mittlerweile zum Standard und es sei gut, dass es dies auch in Biberach gebe, um das Produkt Stadt weiter zu entwickeln. Gut sei auch, dass auch Außenstehende integriert seien. Er bezeichnet es als erforderlich, den Prozess zu kanalisieren. Wenn der Arbeitskreis 3 mangels Zeit nicht zu Stande komme müsse man überlegen, ihn mit anderen Arbeitskreisen zu fusionieren oder ob diese Leistung zeitlich doch untergebracht werden könne. Insgesamt müsse man versuchen, den Prozess zu optimieren und in kleinen Schritten unaufhaltsam weiter machen, denn Stadtentwicklung sei etwas Lebendiges.

StR Dr. Schmid begrüßt die Diskussion. Die "Wohnstube Stadt" habe ein sehr hohes Gewicht. Viele Ansätze wiesen in die richtige Richtung. Er bezeichnet zwei Punkte als entscheidend: Die kommunalpolitische Diskussion müsse auf eine breitere Basis gestellt und mehr Bürger einbezogen werden. Ferner müsse man übergeordnete Maßnahmen diskutieren, also beispielsweise wie die Attraktivität, Lebendigkeit und Vitalität der Stadt gesteigert werden könne. Hierzu zählten beispielsweise attraktives Wohnen in der Innenstadt oder welche Events wichtig wären, wie Angebote zentralisiert werden könnten, damit nicht alles auf dem Marktplatz stattfindet.

Bei StR Funk ist angekommen, dass das Ergebnis bislang eher gegen Null tendiere. Jetzt seien jedoch Ergebnisse erforderlich.

OB Fettback gibt zu verstehen, bei ihm liefen viele strategische Dinge, die er anstoße, dann aber zeitlich nicht leisten könne.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 10.1 Verschiedenes - Neuregelungen an Schützen und Umgang des Ordnungsamts

StRin Kapfer meldet sich in ihrer Funktion als Mitglied der Schwarz Veri-Gruppe und bezeichnet die Arbeit von Frau Länge vom Ordnungsamt als positiv. Sie habe mit allen Beteiligten nach der bestmöglichen Lösung gesucht und gefunden. Sie bezeichnet ihre Vorgehensweise als sehr professionell. Abschließend wünscht sie schöne Schütza und es wird applaudiert.

OB Fettback wertet den Applaus dahin gehend, dass es richtig sei, Frau Länge den Rücken zu stärken. Man wolle das Fest bei Gott nicht tot machen, sondern liebe es.

Gemeinderat, 14.07.2011, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:

OB Fettback

Stadtrat:

Wiest

Stadtrat:

Keil

Schriftführerin:

Appel

Gesehen:

EBM Wersch

Gesehen:

BM Kuhlmann